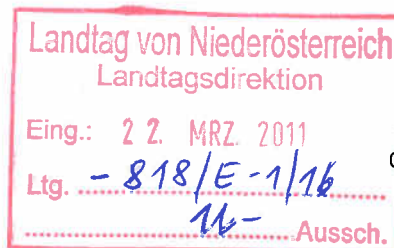


An den Präsidenten des
NÖ Landtages
Ing. Hans Penz
Landhausplatz 1
3109 St. Pölten



Aktenzahl

Bearbeiter
Sandra Engel

Telefon
02842/503 DW 15

Datum
21.03.2011

Betrifft:

Nein – Zur Errichtung eines Atommüll-Endlagers im tschechischen grenznahen Raum

Sehr geehrter Herr Präsident des NÖ Landtages! Lieber Hans!

In der Sitzung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Waidhofen an der Thaya vom 10. März 2011 wurden aus aktuellem Anlass zwei Dringlichkeitsanträge betreffend die geplante Errichtung eines Atommüll-Endlagers im tschechischen Grenzgebiet eingebracht.

Medienberichten zufolge soll die tschechische Behörde zur Entsorgung nuklearer Abfälle, SURAO, die drei grenznahen Ortschaften Rohozna-Ruzena, Lodherov und Budisov aufgrund ihrer geologischen Voraussetzungen als mögliche Endlager für nukleare Abfälle ins Auge gefasst haben. Alle drei Orte sind nur zwischen 30 und 50 Kilometer von der österreichischen Staatsgrenze entfernt und auch wenn sich die vorhandene Granitmasse als mögliche Schutzhülle eignet, geht von dem geplanten Endlager dennoch ein enormes Gefahrenpotential für die Bevölkerung der nahen Umgebung aus, und dazu zählt insbesondere auch die Bevölkerung des Waldviertels.

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Waidhofen an der Thaya hat sohin den beiliegenden Beschluss gefasst und ersucht den NÖ-Landtag bzw. die NÖ-Landesregierung sowie den Nationalrat bzw. die österreichische Bundesregierung, mit den Verantwortlichen in Tschechien in intensive Verhandlungen zu treten, um die Errichtung eines Atommüll-Endlagers im tschechischen grenznahen Raum zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen

Beilage:
Gemeinderatsbeschluss


BR Kurt Strohmayer-Dang
(Bürgermeister)



Schreiben ergeht gleichzeitig an:

Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll
Präsidentin des Nationalrates Dr. Barbara Prammer
Bundeskanzler Werner Faymann

Stadtgemeinde Waidhofen an der Thaya

GEMEINDERATSSITZUNG

vom 10.03.2011

öffentlicher Teil

NIEDERSCHRIFT zu Punkt: 21 der Tagesordnung

Nein - Zur Errichtung eines Atommüll-Endlagers im tschechischen grenznahen Raum

SACHVERHALT:

Aufgrund des von ALLEN Seiten ernstzunehmenden Problems, wurden nachfolgende Dringlichkeitsanträge betreffend die Errichtung eines tschechischen Atommülllagers in der Grenznahe abgegeben:

„Dringlichkeitsantrag von BR Bgm. Kurt STROHMAYER-DANGL in seiner Funktion als Stadtleiter des Zivilschutzverbandes betreffend die drei in Tschechien ins Auge gefassten Standorte zur Überprüfung und allfälligen Errichtung eines Atommüll-Endlagers.

Die tschechische Behörde zur Entsorgung nuklearer Abfälle, SURAO, hat laut Medienberichten angekündigt, geeignete Standorte für die Errichtung eines Atommüll-Endlagers zu suchen.

In diesem Zusammenhang wurden vermutlich aufgrund der geologischen Voraussetzungen der böhmischen Granitplatte die drei grenznahen Ortschaften Rohozna-Ruzena, Lodherov und Budisov genannt. Alle drei Orte befinden sich zwischen 30 und 50 Kilometer von unserer Staatsgrenze zu Tschechien entfernt.

Auch wenn sich die Granitmasse als mögliche Schutzhülle eignet und eine Endlagertiefe in 500 Metern geplant ist, ergibt dies dennoch ein enormes Gefahrenpotential, nicht nur für die Bevölkerung in naher Umgebung, sondern für ganze Landstriche und das über Jahrhunderte hinweg.

Nach den Medienberichten soll die Entscheidung, auf welchem Standort errichtet werden soll, nach 2015 fallen. Mit dem Bau soll angeblich 2050 und mit der Endlagerung 2065 begonnen werden.“

„Dringlichkeitsantrag von GR Ingeborg ÖSTERREICHER (Gemeinderatsfraktion der Freiheitlichen der Gemeinde Waidhofen/Thaya).

NEIN zur Errichtung eines tschechischen Atommülllagers in Grenznahe

Wie zahlreichen Medienberichten zu entnehmen ist plant die tschechische Republik die Errichtung eines Atommülllagers zur Endlagerung von Abfallprodukten aus den Kraftwerken Temelin und Dukovany. Dem Bericht ist weiters zu entnehmen, dass aufgrund der geologischen Gegebenheiten die 3 Ortschaften Rohozna-Ruzena, Lodherov und Budisov in die engere Auswahl als Standorte gelangt sind. Alle 3 Orte sind lediglich 30 bis 50 km von der Bundesgrenze zu Österreich entfernt und würden somit ein enormes Gefahrenpotential für die österreichische Bevölkerung darstellen. Besonders gefährdet wären die Regionen Wald- und Mühlviertel.

Um die Landes- und Bundesregierung in dieser Sache zu unterstützen, ist ein starkes NEIN seitens der Bevölkerung notwendig.

Gerade im Bereich Atomwirtschaft hat die tschechische Republik bisher mehrmals bewiesen, keine Handschlagqualität zu haben. Als Beispiel dafür sei der offene Bruch des Melker Abkommens zu erwähnen. Auch hier wurde die österreichische Bevölkerung getäuscht und einer nicht kalkulierbaren Gefahr ausgesetzt.

Im Interesse nachfolgender Generationen ist es daher unabdingbar, sich mit aller zur Verfügung stehenden Kraft gegen diese Pläne zur Wehr zu setzen.“

Chronologie:

Dieser Tagesordnungspunkt wurde in keiner Ausschuss- und Stadtratssitzung behandelt.

BR Bgm. Kurt STROHMAYER-DANGL und GR Ingeborg ÖSTERREICHER stellten mit Schreiben vom 07.03.2011 und vom 09.03.2011 nachfolgende Dringlichkeitsanträge.

Zuständigkeit: gemäß § 35 der NÖ Gemeindeordnung 1973 i.d.g.F.: **Gemeinderat.**

ANTRAG BR Bgm. Kurt STROHMAYER-DANGL und GR Ingeborg ÖSTERREICHER an den Gemeinderat.

Der Gemeinderat möge folgenden **BESCHLUSS** fassen:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Waidhofen an der Thaya spricht sich entschieden gegen die Errichtung eines Atommüll-Endlagers im tschechischen grenznahen Raum aus und fordert den NÖ-Landtag bzw. die NÖ-Landesregierung sowie den Nationalrat bzw. die österr. Bundesregierung auf, mit den Verantwortlichen in Tschechien betreffend der drei grenznahen Standorte im Hinblick auf die angeführten und allgemein bekannten Gefahren, ehestmöglich in intensive Verhandlungen zu treten, um die Errichtung eines grenznahes Atommüll-Endlager bereits im Vorfeld allfälliger Standortüberprüfungen bzw. Planungen zu verhindern.

ENTSCHEIDUNG DES GEMEINDERATES:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.